

Pflegebedürftigkeit muß sozial abgesichert werden

Bis zum 1. Juni 1992 – so sehen es die Koalitionsvereinbarungen zwischen CDU/CSU und FDP vor – wird die Bundesregierung einen Gesetzentwurf zur sozialen Absicherung bei Pflegebedürftigkeit vorlegen.

Um ein innerparteilich konsensfähiges Modell zu beschreiben, hat der Bundesvorstand auf seiner Klausurtagung am 23. Februar dieses Jahres eine Kommission unter Vorsitz von Bundesarbeitsminister Norbert Blüm eingesetzt.

Die vorliegende Dokumentation im grünen Teil dieser Ausgabe mit den vier im wesentlichen diskutierten „Modellen zur Absicherung des Pflegefallrisikos“ soll eine Grundlage für die Meinungsbildung innerhalb der Partei sein.

Als erste CDU-Fraktion in der Bundesrepublik hat die CDU-Fraktion im nordrhein-westfälischen Landtag bereits ein Konzept zur Einführung einer gesetzlichen Pflegeversicherung verabschiedet. (Seite 14)

Kernstück dieses Beschlusses ist die Schaffung einer eigenständigen gesetzlichen Pflichtversicherung unter dem organisierten Dach der Krankenversicherung.

Hermann-Josef Arentz, sozialpolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion: Das Problem der Pflege ist die wichtigste sozialpolitische Herausforderung der kommenden Jahre. Es darf nicht auf die lange Bank geschoben werden. ■

HEUTE AKTUELL

- **Renten**
Bundesarbeitsminister Norbert Blüm: Eine Rentenversicherung für ganz Deutschland. Seite 3
- **Deutschland**
Friedhelm Ost: „Allianz der Vernunft“ für den wirtschaftlichen Wandel. Seite 7
- **Arbeitsmarkt**
Schaffung neuer Arbeitsplätze bremst die Zunahme der Arbeitslosigkeit. Seite 9
- **Pflege**
Unsere Zukunftsaufgabe: Pflegerisiko finanziell absichern. Seite 11
- **Landesverband Bremen**
Ulrich Nölle – Kandidat für Bremen. Seite 18

Dokumentation

Modelle zur Absicherung des Pflegefallrisikos.
Grüner Teil

Bundeskanzler Helmut Kohl:

Die brutale Verfolgung dieser unschuldigen Menschen sofort beenden

Bundeskanzler Helmut Kohl hat die Massaker der irakischen Armee an Kurden und Schiiten im Irak auf das Schärfste verurteilt und den Gewaltherrscher Saddam Hussein mit allem Nachdruck aufgefordert, der brutalen Verfolgung dieser unschuldigen Menschen unverzüglich ein Ende zu setzen. Vorher — so der Bundeskanzler — dürfen die vom Sicherheitsrat der Vereinten Nationen gegen den Irak verhängten Sanktionen nicht aufgehoben werden.

Helmut Kohl: Wir dürfen diesem Drama nicht teilnahmslos zusehen, und deshalb leisten wir umfassende humanitäre Hilfe. Darüber hinaus unterstützen wir nachdrücklich die Bemühungen der Völkergemeinschaft, diesen schweren Menschenrechtsverletzungen Einhalt zu gebieten. Spätestens jetzt muß jedermann erkennen, wie notwendig und berechtigt es gewesen ist, daß die Völkergemeinschaft die Aggression des Irak gegen Kuwait nicht hingelassen, sondern das Recht durchgesetzt hat.

Wenn es um die Achtung der Menschenrechte geht, handelt es sich nicht

um eine innere Angelegenheit eines Staates, sondern um elementare Prinzipien des Völkerrechts, die die Grundlage für das friedliche Zusammenleben der Völker bilden. Wir dürfen daher nicht zulassen, daß im Irak Menschen schutzlos der Willkür preisgegeben werden. Dies sage ich nicht zuletzt an die Adresse derjenigen in unserem Lande, die sich nur dann zu Wort melden, wenn es in ihr politisches Weltbild paßt.

Wo sind die Proteste?

Ich frage mich: wo sind heute jene, die gegen die Vereinigten Staaten von Amerika demonstriert haben, als diese an der Spitze einer großen internationalen Koalition der rechtswidrigen Annexion Kuwaits durch den Irak ein Ende bereiteten. Ich frage mich ebenso: wo sind heute jene, die schwiegen, als der Irak Kuwait überfiel, das Land annektierte, mit dem Einsatz von Massenvernichtungswaffen drohte, Israel mit Raketen beschloß, schwere Untaten an den Menschen in Kuwait verübte und schließlich auch Umweltverbrechen bisher nicht gekannten Ausmaßes beging.

Kurdenhilfe

Spenden für die kurdischen Flüchtlinge erbittet das Deutsche Rote Kreuz auf das Konto **41 41 41** bei allen Banken und Sparkassen. Der Deutsche Caritas-Verband und das Diakonische Werk erbitten Spenden auf das Konto **202** ebenfalls bei allen Banken und Sparkassen.

Bundesarbeitsminister Norbert Blüm:

Eine Rentenversicherung für ganz Deutschland

Das Bundeskabinett hat am 9. April 1991 den Entwurf eines Gesetzes zur Herstellung der Rechtseinheit in der gesetzlichen Renten- und Unfallversicherung — kurz: Renten-Überleitungsgesetz — verabschiedet. Damit wird ein weiterer wichtiger Schritt zur Verwirklichung des einigen Sozialstaates Bundesrepublik Deutschland getan.

Wir übertragen ein Alterssicherungssystem auf die neuen Bundesländer, das in der Welt seinesgleichen sucht. Rente ist verlässlicher Alterslohn für Lebensleistung. Sie ist Lebensstandardsicherung nach der Erwerbsarbeit. Das Netto-Rentenniveau beträgt rund 70 Prozent, d. h.: nach 45 Versicherungsjahren erhält ein Durchschnittsverdiener 70 Prozent des durchschnittlichen Nettoeinkommens der Arbeitnehmer. Ein solches Rentenniveau hat es in der früheren DDR nie gegeben, und die Rentenanpassungen lagen dort in der Willkür der kommunistischen Machthaber. Die Rentner waren Bittsteller und Almosenempfänger. In unserem System folgen die Renten verlässlich den Löhnen.

Zum 1. 1. 1992 soll das Rentenrecht, wie es mit der Rentenreform '92 beschlossen wurde, auf die neuen Bundesländer übergeleitet werden. Das Sozialgesetzbuch VI tritt also gleichzeitig in der gesamten wiedervereinigten Bundesrepublik Deutschland in Kraft. Das ist ein historischer Glücksfall voller Symbolkraft für den

einigen Sozialstaat Deutschland. Mit der Überleitung des Rentenrechts wird es für große Bevölkerungsgruppen in den neuen Ländern weitere erhebliche Verbesserungen geben, von denen ich die wichtigsten kurz aufzählen möchte:

● Hinterbliebenenrenten

Witwen waren in der ehemaligen DDR sehr schlecht versorgt. Vor Erreichen der Altersgrenze gab es eine Hinterbliebenenrente nur unter sehr eingeschränkten Voraussetzungen, z. B. wenn sehr kleine Kin-

Bundesarbeitsminister Norbert Blüm zu dem Entwurf eines Gesetzes zur Herstellung der Rechtseinheit in der gesetzlichen Renten- und Unfallversicherung (Renten-Überleitungsgesetz) sowie zur nächsten Rentenanpassung in den neuen Bundesländern

der zu versorgen waren. Der Tod des Ehegatten führte deshalb in der Regel zu einem Einkommens-Absturz. Durch die Übertragung unseres Hinterbliebenen-Rentenrechts werden in den neuen Bundesländern rund 900.000 Witwenrenten verbessert und 150.000 erstmals gezahlt.

Für diese Verbesserungen werden 1992 rund 4 Milliarden Mark aufgewendet.

● Altersgrenzen

Die Altersgrenzen des westdeutschen Rentenrechts werden vom 1. Januar 1992 an in einem Schritt auch in den neuen Bundesländern gelten. Damit wird insbesondere für Männer, die bisher erst mit Vollendung des 65. Lebensjahres eine Altersrente beziehen können, ein früherer Rentenbeginn ermöglicht (als Arbeitsloser mit 60, flexible Altersgrenze mit 63 Jahren). Das betrifft auf Anheb rund 200.000 Versicherte. Dies wird auch den angespannten Arbeitsmarkt der neuen Bundesländer entlasten. Die dadurch entstehenden zusätzlichen Belastungen werden sich auf 2 bis 2,5 Milliarden Mark im Jahr belaufen.

● Invalidenrenten

Durch die Übertragung des Rechts der Renten wegen Berufs- oder Erwerbsunfähigkeit wird sich die Zahl der Invalidenrenten in den neuen Ländern um etwa 50 Prozent erhöhen. Die Kosten hierfür belaufen sich auf 1 bis 1,5 Milliarden Mark im Jahr.

● Übergangsregelungen

Das bisherige DDR-Recht enthielt Besonderheiten, die der Systematik unserer beitrags- und lohnbezogenen Rente fremd sind oder bei uns in anderen Sicherungssystemen wie der Sozialhilfe geregelt sind. Solche Sonderleistungen werden ab 1996 stufenweise abgeschmolzen, wobei der Besitzstand gewahrt bleibt: Laufende Renten werden auf jeden Fall mindestens in der bisherigen Höhe weitergezahlt. Bei Rentenneuzugängen zwischen 1992 und Juni 1995 wird das am 31. Dezember 1991 in der ehemaligen DDR geltende Recht zugrunde gelegt, wenn

sich daraus eine höhere Rente als nach dem neuen Recht ergibt.

● Sozialzuschlag

Der Sozialzuschlag, mit dem ab 1. Juli 1990 niedrige Renten auf 495 Mark aufgestockt wurden, ist eine pauschalisierte Sozialhilfeleistung. Er wurde eingeführt, weil das Sozialhilfesystem in den neuen Ländern noch nicht in befriedigender Weise funktioniert. Entsprechend dem Einigungsvertrag wird der Sozialzuschlag bei Rentenzugängen ab 1992 nicht mehr gewährt; er bleibt auch weiterhin undynamisiert. Zum 1. Juli 1992 soll der Sozialzuschlag bei verheirateten Berechtigten wegfallen, wenn das Einkommen des Ehegatten eine bestimmte Höhe (z. Z. 440 Mark) übersteigt. Zum 1. Januar 1995 sollen auch die übrigen Sozialzuschläge wegfallen. Sie werden gegebenenfalls durch Leistungen nach dem Bundessozialhilfegesetz ersetzt.

● Zusatz- und Sondersysteme

Für ehemalige Stasi-Angehörige erfolgt eine Begrenzung der Leistungen wegen Alters auf 600 Mark monatlich. Für Personen, die Leistungen aus den übrigen Sonderversorgungs- und Zusatzversorgungssystemen erhalten, erfolgt eine Begrenzung der Gesamtbezüge auf 1.500 DM monatlich. Diese Regelungen sollen zum frühestmöglichen Zeitpunkt nach Inkrafttreten des Gesetzes wirksam werden. Zum 1. Januar 1992 sollen die Ansprüche und Anwartschaften aus Sonder- und Zusatzversorgungssystemen in die Rentenversicherung überführt werden. Bei der Berechnung der Renten für ehemalige Stasi-Angehörige soll deren Einkommen höchstens bis zu 65 Prozent des jeweiligen Durchschnittsentgelts berücksichtigt werden. Für Personen mit Ansprüchen aus sonstigen Sonderversorgungssystemen und aus Zusatzversor-

gungssystemen soll bei der Rentenberechnung das Einkommen grundsätzlich nur bis zum jeweiligen Durchschnittsentgelt berücksichtigt werden. Die Bundesregierung soll ermächtigt werden, durch Rechtsverordnung zu bestimmen, daß für Personenkreise mit relativ geringer „Staatsnähe“ auch Einkommen über dem jeweiligen Durchschnittsentgelt bis zur Beitragsbemessungsgrenze ganz oder teilweise berücksichtigt werden können. Die der Rentenversicherung aus der Überführung der Ansprüche und Anwartschaften aus den Sonder- und Zusatzversorgungssystemen entstehenden Aufwendungen werden ihr vom Bund erstattet.

● Behinderte

In den alten Bundesländern sind die in Werkstätten für Behinderte Beschäftigten seit 1975 in der gesetzlichen Rentenversicherung pflichtversichert. Nach 20 Jahren Versicherungspflicht haben sie einen Anspruch auf eine Erwerbsunfähigkeitsrente. Da es in der früheren DDR vergleichbare Einrichtungen nicht gab, sollen die Behinderten in den neuen Bundesländern so behandelt werden, als hätten sie ab Vollendung des 16. Lebensjahres, frühestens ab dem Jahre 1975 in einer Werkstätte für Behinderte gearbeitet. Für die Rentenberechnung soll dabei — wie in den alten Bundesländern — ein versicherungspflichtiges Entgelt von 75 Prozent des Durchschnittsentgelts unterstellt werden. Dies bedeutet — in einem pauschalierenden Verfahren — eine Gleichbehandlung der Behinderten in den neuen und in den alten Bundesländern.

● Rentenerhöhung 15 Prozent

Mit der Sozialunion wurden die Renten in der früheren DDR zum 1. Juli 1990 nicht nur von Ost-Mark auf D-Mark umgestellt, sondern auch auf ein Netto-

Rentenniveau angehoben, das dem Netto-Rentenniveau in den alten Bundesländern entspricht. Durch diese Netto-Niveauangleichung wurden die Renten durchschnittlich um 30 Prozent erhöht. Um dieses einmal erreichte Netto-Rentenniveau zu erhalten, wurden die Renten schon zum 1. Januar 1991 entsprechend der Lohnentwicklung in den neuen Bundesländern um 15 Prozent erhöht.

Weil die Löhne in den neuen Bundesländern schneller wachsen als in den alten Bundesländern, werden auch künftig die Rentenanpassungen dort höher ausfallen. Während die Renten in den alten Bundesländern zum 1. Juli 1991 entsprechend der Lohnentwicklung des Vorjahres und eines verminderten Beitrags zur Rentnerkrankenversicherung effektiv um 5,04 Prozent erhöht werden, beträgt die Erhöhung in den neuen Bundesländern entsprechend der dortigen Lohnentwicklung erneut 15 Prozent. Zur richtigen Einordnung dieser unterschiedlichen Erhöhungssätze kurz die Relationen: Im Augenblick beträgt die Eckrente Ost 46,4 Prozent der Eckrente West. Nach den unterschiedlichen Anpassungen zum 1. Juli 1990 wird sie 50,8 Prozent betragen, d. h.: Eine West-Rente wird auch dann immer noch rund doppelt so hoch sein wie eine vergleichbare Ost-Rente.

Die Renten sind sicher

Um einheitliche Lebensverhältnisse im ganzen wiedervereinigten Deutschland zu erreichen, wozu das Renten-Überleitungsgesetz einen großen Beitrag leisten wird, müssen noch mehrere Jahre die Renten in den neuen Ländern stärker steigen. Da diese Anpassungen immer den Löhnen folgen, aus denen die Beiträge finanziert werden, bleibt die Finanzierung der Renten in West wie Ost gesichert.

Demonstranten sollten sich nicht in falsche Gesellschaft begeben

Zum Besuch des Bundeskanzlers in Erfurt und den Montagsdemonstrationen erklärt der 1. Parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Friedrich Bohl:

Der Besuch von Bundeskanzler Helmut Kohl hat alle diejenigen widerlegt, die die Ungewißheit der Menschen in den neuen Ländern für ihre politischen Zwecke mißbrauchen wollen. Entgegen den klammheimlichen Erwartungen vorher gab es keine Massenproteste gegen den Bundeskanzler und die Politik der Bundesregierung.

Im Gegenteil: Der Bundeskanzler wurde in der thüringischen Landeshauptstadt freundlich begrüßt. Die große Mehrheit der Bürger in den neuen Bundesländern weiß, daß sich 40 Jahre Sozialismus nicht in sechs Monaten überwinden lassen und daß sie sich auf die Union und den Bundeskanzler verlassen können. Es bleibt dabei, daß die Deutschen gemeinsam den Wiederaufbau schaffen werden.

Die wenigen eierwerfenden Störer beim Besuch des Bundeskanzlers gaben allerdings einen deutlichen Hinweis darauf,

welche Seite den Protest in den neuen Bundesländern zu schüren versucht. Sie trugen die alte „Spalterflagge“ mit DDR-Insignien. Es waren die Anhänger Honeckers und seines Stasi-Regimes, die sich heute nach ihrer sozialistischen Vergangenheit sehnen.

Manches Transparent auf den Montagsdemonstrationen der letzten Wochen verdichtet den gleichen Verdacht: Neben einigen — nicht allen — westdeutschen Gewerkschaftspropagandisten sind es auch die ewig Gestrigen der SED, heute PDS, die die Menschen in der Ex-DDR gegen die Bundesregierung aufbringen wollen.

Zur Vorsicht aufgerufen

Angesichts dieser Versuche sind alle, die sich weiterhin an Montagsdemonstrationen beteiligen wollen, zur Vorsicht aufgerufen. Die Gefahr, daß sie für alte sozialistische Rechnungen mißbraucht werden, ist groß. Jeder möge sich bei diesen Demonstrationen ganz genau seinen Nachbarn ansehen. Vielleicht ist es auch nur der SED-Bonze von gestern, der neben ihm zum Protestgeschrei anhebt.

Kommentar

Wer bei dem Besuch Kohls in der thüringischen Hauptstadt genau hingehört hat, konnte erfahren, was die Menschen „sauer macht“, wie einer es formuliert hat: Neben der Sorge um den Arbeitsplatz ist es vor allem der Hochmut mancher Besserwisser aus den alten Bundesländern; es ist der Ärger darüber,

daß immer noch Stasi-Seilschaften am Werk sein können und den Aufschwung bremsen, und es ist nicht zuletzt das Auftreten westlicher Gewerkschafts-Redner auf den neuen Demonstrationen. IG-Metall-Chef Steinkühler sollte aufpassen. Wer den Menschen verschweigt, daß es aufwärtsgeht, versündigt sich an ihnen.

aus: Rheinische Post

„Allianz der Vernunft“ für den wirtschaftlichen Wandel

Mit einer „Allianz der Vernunft“ kann der notwendige Wandel der Wirtschaft in den neuen Bundesländern bis Mitte der 90er Jahre erfolgreich bewältigt werden. Politik, Unternehmen und Gewerkschaften müssen dabei konzentriert zusammenarbeiten, um die Ruinen des Sozialismus zu beseitigen und den Neuaufbau zu bewältigen. Die Herstellung eines Klimas des Vertrauens und der Ermutigung ist die wichtigste Voraussetzung für neue Investitionen, für die Entwicklung von Eigeninitiative und tätigen Optimismus bei den Menschen in den neuen Bundesländern. Die Gemeinsamkeit aller Demokraten bei der Überwindung der schwierigen Probleme ist die einzig richtige Antwort auf den Mord an Detlev Karsten Rohwedder.

Es ist unerträglich, daß die Persönlichkeiten, die mit großem Engagement den Weg zur Einheit Deutschlands geebnet haben und mit gewaltigen Anstrengungen für die Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Lage in den neuen Ländern eintreten, von denen, die die Wiedervereinigung längst abgeschrieben hatten und nun außer dem Schüren von Unzufriedenheit oder Neid kaum einen Vorschlag für die Verbesserung der Lage in den neuen Bundesländern machen, attackiert und öffentlich verächtlich gemacht werden.

Die Parolen gegen den Bundeskanzler, die bei den jüngsten Demonstrationen in Leipzig, Dresden, Rostock und anderswo sichtbar waren, zeigen in erschreckendem

Maße, daß die Milliarden-Hilfsprogramme entweder noch nicht bekannt oder bewußt gering geschätzt werden. Nicht Protestaktionen, Schmähungen und Feindseligkeiten sichern und schaffen Arbeitsplätze. Einige westdeutsche Gewerkschaftsführer sind bei ihren Auftritten weit über die Grenzen des einer

Von Friedhelm Ost, Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses im Deutschen Bundestag

Demokratie förderlichen Maßes hinausgegangen; mit ihrer Angstmacherei erweisen sie den Menschen einen schlechten Dienst.

Die Bonner Regierungskoalition wird sich von solchen Attacken nicht beirren lassen, sondern alles daransetzen, daß das „Gemeinschaftswerk Aufschwung Ost“ zügig umgesetzt wird. Länder, Kreise und Gemeinden in den neuen Bundesländern sollten umgehend die zur Verfügung stehenden Finanzmittel in Aufträge und Nachfrage und damit in Beschäftigung lenken. Viele hunderttausend Arbeitnehmer können sofort in Sanierungs-, Umwelt-, Bau- und Beschäftigungsgesellschaften eine sinnvolle Tätigkeit finden.

Auch die Betriebe, die Teile ihrer Fertigung aufgeben und die Zahl der Beschäftigten in bisherigen Produktionsbereichen verringern müssen, sollten Auffangsgesell-

Signale für Aufschwung im Osten

Mit Zuversicht haben die Teilnehmer des vierten Stuttgarter Manager-Gipfels die Aussichten auf einen baldigen Wirtschaftsaufschwung in Ostdeutschland beurteilt. Die Lage in den neuen Ländern sei zwar sehr schwierig, aber man sei bereits auf dem Weg zur Besserung.

Nun müsse dem Gemeinschaftswerk „Aufschwung Ost“ mit vereinten Kräften zum Erfolg verholfen werden, hieß es in dem vom baden-württembergischen Ministerpräsidenten Erwin Teufel und von Daimler-Benz-Chef Edzard Reuter vorgelegten Schlußkommuniké. Die 20 europäischen Wirtschaftsführer warnten gleichzeitig davor, eine neue „Wohlstandsmauer“ nach Osteuropa zu errichten.

„Der Zug hat sich in Bewegung gesetzt, und er wird sich nach dem Gesetz der Trägheit der Masse auch weiter beschleunigen“, sagte Reuter. Schon jetzt seien in Ostdeutschland erste Zeichen des Aufschwungs sichtbar.

Nach jüngsten Umfragen deuten die Erwartungen der Unternehmer nach oben. Reuter verwies auf unzählige

Aktivitäten und Initiativen, die in den fünf neuen Ländern von der Industrie bis hin zum Handwerk angekurbelt worden seien.

Treuhand unverzichtbar

Bis die Menschen im Osten allerdings den Lebensstandard des Westens erreicht hätten, werde es „seine Zeit“ dauern. Reuter: „Jeder, der etwas anderes vorgaukelt, ist leichtfertig.“ Niemand könne erwarten, daß im östlichen Teil kurzfristig etwas erfolge, das nach dem Krieg im Westen längere Zeit gedauert habe.

Gute Noten stellten die Manager der Treuhandanstalt aus, die für die Privatisierung der ehemals staatlichen Ostbetriebe zuständig ist. „Die Treuhand ist aus meiner Sicht eine für die überschaubare Zukunft unverzichtbare Institution“, sagte Reuter.

Siemens-Chef Karlheinz Kaske sagte, die Arbeit der Treuhand sei „weit weniger schlecht, als sie in der Presse und in den Medien dargestellt wird“. Auch Siemens gehe mit „großem Optimismus“ an den weiteren Aufbau Ostdeutschlands und beschäftigte dort bereits etwa 20.000 Mitarbeiter.

schaften gründen, in denen viele Arbeitnehmer mit dringend notwendigen Aufgaben zur Sanierung von Böden und Gewässern, mit Renovierungs- und Aufbauarbeiten, mit der Herrichtung von Gewerbeflächen, der Verbesserung des Wohnumfeldes und ähnlichem beschäftigt werden können. Die Finanzierung solcher Arbeiten erfolgt aus ABM-Mitteln. Verstärkt werden müssen vor allem auch

Angebote für die Umschulung und Qualifizierung von Arbeitnehmern sowie für die Ausbildung junger Menschen.

Die Gründung von Landesentwicklungsgesellschaften in den neuen Bundesländern ist geeignet, die für den Aufschwung erforderlichen Infrastrukturinvestitionen gemeinsam mit privaten Unternehmen durchzuführen und zu beschleunigen. ■

Schaffung neuer Arbeitsplätze bremst Zunahme der Arbeitslosigkeit

In den alten Bundesländern gab es im März 1991 einen überdurchschnittlichen Abbau der Arbeitslosigkeit. Der im März übliche Rückgang der Arbeitslosigkeit war in diesem Jahr stärker ausgeprägt als im Durchschnitt der letzten Jahre. Besonders erfreulich ist aber die positive Entwicklung im Durchschnitt der ersten drei Monate dieses Jahres, wenn man die witterungsbedingten Beeinträchtigungen der Beschäftigung durch die lange Frostperiode im Februar berücksichtigt.

Es gab 450.000 weniger Arbeitslose als zwei Jahre zuvor und 750.000 weniger als vor sechs Jahren im ersten Quartal 1985, als die Arbeitslosigkeit den Höchststand von 2,57 Millionen erreicht hatte. Noch deutlicher wird die positive Entwicklung aus der Entwicklung der Erwerbstätigenzahlen.

Es gab bei den inländischen Erwerbstätigen einen Anstieg von 26.057.000 im ersten Quartal 1984 — dem Tiefststand der Erwerbstätigkeit der letzten beiden Jahrzehnte — auf voraussichtlich annähernd 28.700.000 im ersten Quartal 1991.

Unter Einbeziehung der Berufspendler aus den neuen in die alten Bundesländer ergibt sich ein Anstieg der Erwerbstätigenzahlen binnen sieben Jahren um rund 2,8 Millionen oder zehn Prozent.

In den neuen Bundesländern

ist die Zunahme von Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit durch produktive Arbeitsförderung gebremst. Eine weitere Zunahme

von Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit in den neuen Bundesländern ist Folge des wirtschaftlichen Strukturwandels und der offenen Ausweisung der „versteckten Arbeitslosigkeit“ aus Zeiten der SED-Kommandowirtschaft, in der Betriebe und Verwaltungen personell total überbesetzt waren.

Die Zuwächse bei Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit werden aber inzwischen zunehmend durch Schaffung neuer Arbeitsplätze — vor allem in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen — und deutlich wachsende Zahlen von Teilnehmern an beruflichen Fortbildungsmaßnahmen gebremst.

In den alten Bundesländern

kann in den kommenden Monaten mit einem sehr kräftigen Anstieg der Erwerbstätigenzahlen auf ein Niveau von über drei Millionen mehr als 1983/84 gerechnet werden. Dies wird trotz Zunahme der zusätzlich auf den Arbeitsmarkt drängenden Personengruppen zu einem weiteren erheblichen Abbau der Arbeitslosigkeit führen. In einigen Regionen mit schon heute niedriger Arbeitslo-

**Julius Louven, Vorsitzender
der Arbeitsgruppe Arbeit und
Soziales der CDU/CSU-
Bundestagsfraktion zu den
Arbeitsmarktdaten des
Monat März**

sigkeit kann bereits zunehmender Mangel an Arbeitskräften Grenzen für wirtschaftliche Expansion und Zunahme der Beschäftigung setzen.

Hier sollten den benachteiligten Gruppen unter den Arbeitslosen, die es in allen Regionen gibt (ältere Arbeitslose, gesundheitlich Eingeschränkte, Aus- und Übersiedler) unter humanen Aspekten wie auch im Interesse der Förderung von Beschäftigung und Wirtschaftswachstum größere Chancen auf Wiedereingliederung in das Erwerbsleben eingeräumt werden.

In den neuen Bundesländern sind neben den Finanzmitteln der Bundesanstalt für Arbeit für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und berufliche Fortbildungsmaßnahmen zusätzliche Mittel durch das Gemeinschaftswerk Aufschwung Ost unter anderem auch für Maßnahmen der Beschäftigungsförderung bereitgestellt worden. Die für die neuen Länder günstigen Sonderregelungen bei Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen werden nicht nur von Ende 1991 auf Ende 1992 verlängert; außerdem werden künftig neben der Vollfinanzierung von Lohnkosten zusätzliche Sachkosten in Form von Zuschüssen statt bisher in Form von Darlehen finanziert.

Die für die neuen Bundesländer besonders günstigen Voraussetzungen und Bedingungen für die Finanzierung von Kurzarbeit werden statt bis Juni 1991 bis Ende 1991 laufen. Berufliche Fortbildungsmöglichkeiten bestehen auch für Kurzarbeiter, wenn der Arbeitsausfall über 50 Prozent der Regelarbeitszeit beträgt. Es bleibt zu hoffen, daß die Chancen genutzt werden.

Ein besonderes Problem stellt in den neuen Bundesländern im Sommer dieses Jahres die Eingliederung schulentlassener Jugendlicher in berufliche Ausbildungsverhältnisse dar. Betriebe und Verwaltungen und überbetriebliche Träger der beruflichen Ausbildung sollten alle denkbaren Anstrengungen unternehmen, damit junge Menschen ihren künftigen Berufsweg nicht mit Arbeitslosigkeit und beruflicher Perspektivlosigkeit beginnen müssen.

Die 1983 bis 1986 in den alten Bundesländern erfolgreiche Ausbildungsstellenoffensive sollte in den neuen Bundesländern wiederholbar sein, zumal in Bedarfsfällen über die Arbeitsämter staatliche Förderung aus Bundesmitteln möglich ist.

Kleinbetriebe erhalten pro Lehrling 5.000 Mark

Für neue Ausbildungsplätze sollen Kleinbetriebe in Ostdeutschland eine auf ein Jahr befristete Unterstützung von 5.000 Mark bekommen.

Ziel dieser Initiative ist es, den Ausbildungsengpaß in den neuen Ländern zu beseitigen, so daß am Jahresende dort möglichst keine jungen Menschen ohne Lehrstelle sind. Darauf verständigten sich in Berlin die Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft

und der Bundesbildungsminister. Insgesamt sollen für 60.000 bis 70.000 junge Menschen Ausbildungsstellen auch in solchen Betrieben geschaffen werden, die noch keine Lehrlinge haben. Die anderen knapp 60.000 der insgesamt für dieses Jahr in Ostdeutschland geschätzten 120.000 Bewerber dürften ohne große Probleme eine Stelle bei staatlichen und kommunalen Einrichtungen sowie Großunternehmen erhalten.

Unsere Zukunftsaufgabe:

Pflegerisiko finanziell absichern

In dieser Legislaturperiode werden sich die Sozialpolitiker mit dringenden Fragen im Pflegebereich zu befassen haben. Es geht hierbei um eine kurz- und langfristige Sicherung des Pflegebedarfs an Krankenhäusern, um eine gesetzliche Grundlage für den Beruf des Altenpflegers und um eine Absicherung des Pflegerisikos.

Wenn heute eine ordnungsgemäße Versorgung in deutschen Krankenhäusern und eine fachgerechte Betreuung in den Altenpflegeeinrichtungen nach wie vor gewährleistet ist, so ist dies dem persönlichen Engagement der dort tätigen Pflegekräfte zu verdanken. Allerdings zeigen sich regionale Engpässe in den Funktionsbereichen der Kliniken und der Pflege chronisch kranker Menschen. Viele Pflegekräfte engagieren sich über das zumutbare Maß hinaus, um zu verhindern, daß Patienten unversorgt bleiben. Pflegenotstand ist vorrangig der Notstand der Pflegenden, der sich in wachsender Berufsflucht und rapidem Bewerberrückgang ausdrückt.

Wenn nicht heute gegengesteuert wird, so muß dieser Zustand in absehbarer Zeit zu einem generellen personellen Notstand führen. Immer mehr Menschen werden älter — sicherlich eine erfreuliche Aussicht. Sie beinhaltet aber auch, daß es in zehn Jahren 300.000 mehr Pflegebedürftige geben wird als heute (zwei Millionen).

Gegenläufig ist jedoch die Entwicklung bei den Pflegeberufen: Die Nachwuchszahlen verringern sich. Außerdem wollen zehn Prozent der Pflegekräfte ihren Beruf ganz aufgeben, 20 Prozent möchten wech-

seln. Die Hauptgründe finden sich in der geringen Bezahlung, der hohen physischen Belastung, den ungünstigen Arbeitszeiten und der Unvereinbarkeit von Familie und Beruf.

Die Bundesregierung ist nur zu einem geringen Teil für diese Probleme zuständig, wesentliche Komponenten liegen bei den Tarifparteien, den Kassen, den Krankenhäusern und den Ländern. Dringend erforderlich ist es, die Personalbemessungszahlen fortzuschreiben. Sie orientie-

Für einen möglichst breiten gesellschaftlichen Konsens bei der finanziellen Absicherung des Pflegerisikos tritt die niedersächsische Bundestagsabgeordnete und Aussiedlerbeauftragte der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Gertrud Dempwolf, ein.

ren sich immer noch an den Anhaltszahlen von 1969 (1 : 3,7 für die allgemeine Krankenpflege). Sie legen einen Ausfall von 15 Prozent durch Urlaub, Krankheit, Kuren und Mutterschutz zugrunde; dieser Prozentsatz entspricht bei weitem nicht mehr dem tatsächlichen Ausfall von 23 Prozent.

Immerhin hat sich aufgrund freier Pflegetarifverhandlungen die Zahl der Pflegekräfte von 175.000 im Jahr 1970 auf rund 320.000 im Jahr 1988 erhöht. Ein großer

Teil dieser zusätzlichen Kräfte ist allerdings in Funktionsbereiche gegangen oder bildet Ersatz für Arbeitszeitverkürzung.

Dringend notwendig ist es, die Attraktivität des Pflegeberufes zu verbessern. Dies ist zunächst eine Frage der Verdienstmöglichkeiten. Die Arbeitszeit im Pflegebereich muß neu konzipiert werden; mehr Pflegekräfte sollten in den Kernzeiten beschäftigt werden, während die Früh- und Spätdienste auf das Notwendigste reduziert werden können. Für Frauen mit Kindern muß eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie möglich sein.

Als zweites brauchen wir eine bundeseinheitliche gesetzliche Grundlage für den Beruf des Altenpflegers, die den Anforderungen bei der Pflege und Betreuung älterer Menschen umfassend Rechnung trägt. Aufgrund des Ausbaus der stationären Einrichtungen und der ambulanten Altenpflege hat der Bedarf an Fachpersonal ständig zugenommen.

Die ambulante Versorgung hat für uns Vorrang vor stationärer Pflege. Dreiviertel der Pflegebedürftigen leben auch heute in Familien und werden von ihren Angehörigen gepflegt. In der letzten Legislaturperiode haben wir finanzielle Verbesserungen für Pflegepersonen in der Familie im Rahmen der Gesundheits-, Renten- und Steuerreform eingeführt. Auch in Zukunft muß Schwerpunkt weiterer Maßnahmen die Unterstützung der häuslichen Pflege bleiben. Hierzu gehört neben der Fortsetzung des begonnenen Weges zum einen der Ausbau von Tagespflegeplätzen und die Einrichtung von

Kurzzeitpflegestationen in Krankenhäusern.

Im Mittelpunkt aller Überlegungen muß jedoch ein umfassendes Konzept zur finanziellen Absicherung des Pflegefallrisikos stehen. Da die Zahl der Einpersonenhaushalte ständig steigt (35 Prozent der Haushalte, in Großstädten über 50 Prozent), besteht die Gefahr, daß die häusliche Pflege in Zukunft nicht mehr in ausreichendem Maße durchgeführt werden kann. Bereits heute leben über 200.000 Pflegebedürftige in Heimen. 70 Prozent von ihnen sind auf die Sozialhilfe angewiesen, denn Kosten von über 3.000 Mark monatlich für den Heimaufenthalt können sie von ihrem eigenen Altersruhegeld nicht bestreiten.

Die Bundesregierung wird bis zum 1. Juni 1992 einen Gesetzentwurf zur Absicherung bei Pflegebedürftigkeit vorlegen.

Nach den Vorstellungen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion soll sich das Gesetz an folgenden Zielen orientieren:

- Maßnahmen der Prävention und Rehabilitation mit dem Ziel der Vermeidung, Überwindung oder Minderung der Pflegebedürftigkeit haben Vorrang vor Pflegeleistungen.
- Die Hilfe zur häuslichen Pflege hat Vorrang vor der Unterbringung in einem Pflegeheim.
- Die Pflegebedürftigen müssen in angemessenem und zumutbarem Umfang zu den Kosten der Pflege beitragen und selbst Vorsorge dafür treffen.
- Die soziale Sicherung von Pflegepersonen, die wegen der Pflege auf eine

Die Dokumentation im grünen Teil dieser Ausgabe stellt die vier im wesentlichen diskutierten „Modelle zur Absicherung des Pflegefallrisikos“ dar.

Berufstätigkeit verzichten, muß gewährleistet werden.

Die Vorschläge zur Einführung einer Pflegeversicherung unter dem Dach der Krankenversicherung, wie sie Arbeitsminister Norbert Blüm vorgelegt hat, weisen den richtigen Weg zur Regelung dieser Frage. Sie finden die Unterstützung der Experten und Organisationen, die sich in unsere Gesellschaft um die Senioren besonders kümmern. Die FDP hatte sich auf ihrem letzten Parteitag für die private Vorsorge ausgesprochen. Die CDU/CSU-Fraktion und auch die SPD plädieren für eine solidarische Lösung, die auch bereits Betroffene mit einbezieht.

Möglichst breiter Konsens

Die niedersächsische CDU-Abgeordnete **Gertrud Dempwolf**: Bis zur Sommerpause nutzen wir die Zeit zu intensiven Gesprächsrunden mit Betroffenen, Verbänden und Wissenschaftlern. Es ist unser Ziel, zu einem möglichst breiten gesellschaftlichen Konsens, auch über Parteigrenzen hinweg, zu kommen.

Zitat

Ich bin absolut dagegen, in den neuen Bundesländern eine Katastrophensituation zu schüren. Doch genau das betreiben viele in den Gewerkschaften, allen voran die IG Metall. Ich meine: Es gibt in den neuen Bundesländern viele positive Zeichen für eine beginnende bessere Wirtschaftslage und für wirtschaftlichen Optimismus. Dafür sprechen 300 000 neue Unternehmensgründungen, mit denen bereits eine Million neuer Arbeitsplätze geschaffen wurden. Und diese Gründungswelle hält an.

**Hans Peter Stihl,
Präsident des DIHT**

Pflegende Familienangehörige

fühlen sich belastet

Umfrageergebnis in %

16 eingeschränkte
Berufstätigkeit

28 finanzielle
Einbußen

45
kaum
Urlaub

50
kaum
Freizeit

37 gesundheitliche
Beeinträchtigung



© imu
91 02 28

Quelle: Kuratorium Deutsche Altershilfe

In den alten Bundesländern leben rund 1,6 Millionen Pflegebedürftige, die zu Hause auf Hilfe angewiesen sind. Die meisten werden von Familienangehörigen gepflegt. Diese Aufgabe ist nicht selten mit hohen Belastungen verbunden. Jede dritte Pflegeperson setzt täglich mehr als sechs Stunden für Hilfe und Pflege ein.

Lebensmittelhilfe für Kinder aus Tschernobyl

Zwei Kleintransporter mit Lebensmittelpaketen sind noch rechtzeitig zum Osterfest in Weimar angekommen.

Die Carepakete wurden von der Trierer CDU als Spende für den in Weimar tätigen Verein „Hilfe für Kinder aus Tschernobyl“ gesammelt. Sie dienen dem Unterhalt der monatlich in einer Gruppe von jeweils 30 Kindern nach Weimar eingeladenen Jugendlichen aus dem Katastrophengebiet von Tschernobyl. Ein Teil der Päckchen wird von Weimar aus an kinderreiche Familien in der Umgebung von Tschernobyl weitergeleitet.

Auch die CDU in NRW will das Pflegerisiko absichern

Als erste CDU-Fraktion in der Bundesrepublik Deutschland hat die CDU-Fraktion im nordrhein-westfälischen Landtag ein umfassendes Konzept zur Einführung einer gesetzlichen Pflegeversicherung verabschiedet.

Die Problematik der Pflege ist die wichtigste sozialpolitische Herausforderung der kommenden Jahre. Das Problem darf nicht auf die lange Bank geschoben werden. Die Fraktion hat deshalb die SPD-Landesregierung aufgefordert, unter Verzicht auf parteipolitische Profilierungsübungen das Konzept der CDU zu unterstützen.

Die heutige Lage der Pflegebedürftigen und ihrer Angehörigen ist unerträglich. Aufgabe der Pflegeversicherung ist deshalb

- umfassende Hilfen zur Verbesserung der häuslichen Pflege zu schaffen. Dazu gehört vor allem die Einführung der „Rente für Pflege zu Hause“.
- Übernahme der Pflegekosten in Alten- und Pflegeheimen. Die menschenunwürdige Sozialhilfe-Abhängigkeit durch Pflegebedürftigkeit muß endlich ein Ende haben.

Gesetzliche Pflichtversicherung

Kernstück des CDU-Beschlusses ist die Schaffung einer eigenständigen gesetzlichen Pflichtversicherung zur Absicherung des Pflegerisikos unter dem organisierten Dach der Krankenversicherung. In diesem Zusammenhang ist der Versuch einiger SPD-Politiker, die Diskussion um die

Pflegeversicherung zu benutzen, um eine Einheits-Krankenversicherung einzuführen, zu verurteilen. Jeder Bürger soll sich dort gegen das Pflegerisiko versichern, wo er bereits krankenversichert ist. Dieser Weg stellt sicher:

- Es muß keine neue Bürokratie eingerichtet werden, um das Pflegerisiko abzusichern.
- Jeder Pflegebedürftige kommt in den Genuß dieser Hilfe. Das gilt auch für diejenigen, die heute schon älter oder pflegebedürftig sind.
- Vorbeugung und Rehabilitation zur Vermeidung oder Verringerung von Pflegebedürftigkeit werden in Zukunft endlich so ernst genommen, wie es medizinisch möglich ist und der Menschenwürde der Pflegebedürftigen entspricht.

Nordrhein-westfälische CDU legt Beschluß zur Pflegeversicherung vor

Zur Finanzierung tragen alle Gruppen bei. Arbeitgeber und Arbeitnehmer durch ihren Beitrag, Länder und Gemeinden durch einen massiven Ausbau der ambulanten, familienentlastenden Pflegedienste und durch Beteiligung an den Investitionskosten für Pflegeeinrichtungen.

Hermann-Josef Arentz, sozialpolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion Nordrhein-Westfalen: Die FDP fordere ich auf, in der Frage der Pflegeversicherung ihren Kurs der Doppelzüngigkeit endlich zu verlassen. Es ist unerträglich, wenn die FDP in Bonn alles tut, um eine schnelle Lösung zu verhindern, gleichzeitig aber die FDP-Fraktion im Landtagsverband Westfalen-Lippe kritisiert, daß die Einrichtung einer Pflegeversicherung zu lange dauert.

Existenzgründungs- Hunger in Ostdeutschland

In den neuen Bundesländern herrscht ein regelrechter Hunger nach Informationen für Existenzgründer. Dies prägt auch die Existenzgründungsumfrage des Deutschen Industrie- und Handelstages (DIHT) für 1990, die erstmals alle 83 Kammern in den alten und neuen Bundesländern erfaßt.

Besonders auffallend ist das Interesse in den neuen Bundesländern mit Blick auf den notwendigen und schwierigen Umstrukturierungsprozeß der ehemaligen DDR-Wirtschaft, der sich nicht bewältigen läßt ohne eine genügend große Anzahl bestandssicherer, wettbewerbsfähiger mittelständischer Betriebe.

Auffallend an der Analyse der Existenzgründungsseminare war, daß die ostdeutschen Teilnehmer älter als die westdeutschen waren und daß der Anteil der Arbeitslosen aus der ehemaligen DDR mit 17,5 Prozent bemerkenswert hoch war.

Von den westdeutschen Seminarteilnehmern waren nur vier Prozent ohne Beruf. Nach der Branchengliederung stammten 56 Prozent der Teilnehmer der Ex-DDR aus der Industrie, hingegen waren die Sektoren Dienstleistung mit nur drei Prozent und freie Berufe mit knapp zwei Prozent besonders wenig vertreten.

35 Prozent aller Unternehmer in spe beabsichtigen Existenzgründungen im Handel, 23 Prozent im Dienstleistungsgebiet und 18 Prozent in der Gastronomie sowie neun Prozent im produzierenden Gewerbe und im Handwerk sieben Prozent.

In der Ex-DDR sind die Sektoren Handel und Gastronomie mit jeweils 38 Prozent besonders stark vertreten, hingegen die Sektoren Handwerk mit zwei und Industrie mit drei Prozent nur sehr wenig gefragt.

Insgesamt veranstalteten 78 Kammern im vergangenen Jahr Existenzgründungsseminare. Die Gesamtzahl belief sich auf 433, davon 128 in der Ex-DDR. Die Gesamtzahl der Existenzgründungsberatungen betrug 142.000, davon 64.000 in den neuen Bundesländern. ■

Die Frau in unserer Zeit

Die Ende März erschienene neue Ausgabe der Vierteljahrszeitschrift „Die Frau in unserer Zeit“ befaßt sich schwerpunktmäßig mit Themen aus und über die neuen Bundesländer.

„Neue Frauen in der Politik“ und verschiedene Aspekte des Wahlverhaltens von Frauen in Deutschland stehen im Mittelpunkt der erstmals im neuen Gewande erschienenen Ausgabe. In drei Beiträgen wird den Leserinnen und Lesern die Kultur und Geschichte

von Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt und Thüringen nähergebracht.

Die Reihe wird fortgesetzt. Rezensionen und Gedichte runden diese von der Konrad-Adenauer-Stiftung herausgegebene und im Verlag Ernst Knoth, Melle, erschienene Zeitschrift ab.

Zu beziehen ist die Publikation über den Verlag oder die Pressestelle der Konrad-Adenauer-Stiftung, Telefon (0 22 41) 24 64 35. ■

Handwerk optimistisch

Die von der Bundesregierung nunmehr mit dem „Gemeinschaftswerk Aufschwung Ost“ geschaffenen finanziellen Voraussetzungen für eine Überwindung der Strukturkrise in den neuen Bundesländern finden im Handwerk einen fruchtbaren Boden. Darauf wies in Bonn der Generalsekretär des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks (ZDH), Hanns-Eberhard Schleyer, hin. Unter den nunmehr gegebenen Voraussetzungen, so Schleyer, sei das Handwerk zuversichtlich, auch einen entscheidenden Beitrag zur Lösung der Lehrstellenproblematik in den neuen Bundesländern leisten zu können. Wenn das Handwerk in den neuen Bundesländern die gleichen Entwicklungschancen wie in den alten Bundesländern erhalte, so Schleyer, werde sich der Anteil der Erwerbstätigen im Handwerk von derzeit fünf Prozent auf 15 Prozent verdreifachen.

Krause setzt auf raschen Ausbau der Verkehrswege

Bundesverkehrsminister Günther Krause will den Ausbau der Verkehrswege in Ostdeutschland rasch vorantreiben. Noch in diesem Jahr soll mit dem Bau an der Eisenbahnverbindung Hannover-Berlin sowie an Strecken der mecklenburgischen Küstentobahn, der Autobahn Hannover-Berlin und der Erweiterung des Berliner Auto-

Nachrichten aus den neuen Ländern

bahnringes begonnen werden. Der Minister zeigte sich sicher, daß der Bundestag noch in diesem Jahr sogenannte Investitionsmaßnahmegesetze für 17 ausgewählte, vorrangige Verkehrsprojekte beschließen werde.

Rahmentarifvertrag für Großhandel in Mecklenburg-Vorpommern

Für die Beschäftigten im Großhandel in Mecklenburg-Vorpommern hat die Deutsche Angestellten-Gewerkschaft (DAG) einen Rahmentarifvertrag mit zahlreichen Einzelregelungen abgeschlossen. Dies ist der erste Abschluß in einem der neuen Bundesländer für die Beschäftigten im Großhandel. Der Tarifvertrag regelt die 40stündige wöchentliche Arbeitszeit, den Urlaub in einer Staffelung bis zu 30 Arbeitstagen sowie die Zahlung eines Urlaubsgeldes von 450 Mark für 1992 und 500 Mark für 1993.

„Coffe Baum“ an Schweizer verkauft

Der traditionsreiche Leipziger „Coffe Baum“, das zweitälteste Kaffeehaus Europas, ist von der Treuhand an die Schweizer Ricardo Ginelli AG verkauft worden. Wie der Niederlassungsleiter der Leipziger Treuhand, Eckard Geh-

ring, sagte, hätten „der Bietpreis und das Konzept gepaßt“. Nach Angaben der Schweizer Firma soll aus dem Traditionslokal „keine Pizzabude werden, sondern sie soll eine historische Gaststätte mit sächsischen Speisen bleiben“. Für den „Coffe Baum“ hatte es 24 Gebote gegeben.

Ein Drittel der ostdeutschen Gewerbeanmeldungen in Sachsen

Im Januar und Februar 1991 wurden in Ostdeutschland mit Ausnahme Ost-Berlins 49 700 neue Betriebe angemeldet. Wie das gemeinsame Statistische Amt für die neuen Bundesländer in Wiesbaden mitteilte, wurden im gleichen Zeitraum rund 12 300 Firmen abgemeldet. Die Hälfte aller Anmeldungen entfielen auf Handel und Gaststätten. Bei den neuen Bundesländern rangiere Sachsen an erster Stelle: Dort seien mehr als ein Drittel aller neuen Gewerbeunternehmen in Ostdeutschland registriert worden.

50 000 neue Jobs im Straßenbau

Bundesverkehrsminister Krause will in den neuen Bundesländern in diesem Jahr rund 50 000 neue Arbeitsplätze durch Baumaßnahmen zur Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur schaffen. Zur Jahresmitte sollen die ersten Baumaßnahmen anlaufen. Nur so könne notwendiges Vertrauen erzeugt werden.

Neu im Bildungsangebot der KAS

Im Verlauf von Abendveranstaltungen informieren in Schloß Eichholz Politiker, Wissenschaftler und Publizisten über den Strukturwandel in den neuen Bundesländern.

Der Titel der Vortragsreihe:

Deutschlandgespräche in Schloß Eichholz

Referent der „Pilotveranstaltung“ war: Dr. Ulrich Born, Minister für Justiz, Bundes- und Europaangelegenheiten des Landes Mecklenburg-Vorpommern.

Sein Thema: Der Aufbau rechtsstaatlicher Strukturen in den neuen Bundesländern

Einige der wichtigsten Aussagen:

- Die Bürgerinnen und Bürger in den östlichen Bundesländern dürfen nicht

mit einer Justiz „zweiter Klasse“ abgepeist werden.

- Vorrangige Aufgabe der Rechtspolitik ist der Aufbau einer unabhängigen Rechtspflege.

- Rechtskunde-Unterricht und Darstellungen in den Medien sollen zu einem aktiven Rechtsbewußtsein beitragen.

- Wiedergutmachung für erlittenes Unrecht — Rehabilitierungen insbesondere — sind unverzichtbar.

- Der Rechtsstaat muß nach Recht und Gesetz vorgehen. Schauprozesse darf es nicht geben.

Kopien des Manuskripts verschickt:

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Institut für Politische Bildung
Postfach 1331
W-5047 Wesseling

Asylbewerberzahlen März 1991

Das Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge hat im Monat März 1991 13.895 Asylbewerber (Vormonat 14.099) registriert. Hauptherkunftsländer sind:

- Jugoslawien 2.126 (Vormonat: 1.647)
- Türkei 1.781 (Vormonat: 1.818)
- Rumänien 1.415 (Vormonat: 1.239)
- Iran 1.039 (Vormonat: 1.122)
- Afghanistan 782 (Vormonat: 935)
- Albanien 492 (Vormonat: 512)
- Libanon 485 (Vormonat: 535).

Die Zahl der Asylbewerber ist gegenüber den beiden Vormonaten weiter zurückge-

gangen (Februar 1991: 14.099, Januar 1991: 16.058).

Auf die Staaten Ost- und Südosteuropas entfielen im März 5.415 Asylbewerber. Das sind 39 Prozent aller Asylbewerber. Der Anteil der Europäer an der Gesamtzahl der Asylbewerber beträgt 51,8 Prozent (7.197 Personen).

In den Monaten Januar bis März 1991 hat das Bundesamt über die Anträge von 42.113 Personen entschieden. Als asylberechtigt anerkannt wurden 2.835 Personen. Das entspricht einer Anerkennungsquote von 6,7 Prozent (1990: 4,4 Prozent). Abgelehnt wurden 31.226 Personen (74,2 Prozent), auf sonstige Erledigungen und Rücknahmen entfielen 8.052 Personen (19,1 Prozent). ■

Ulrich Nölle – Kandidat für Bremen

„Am häufigsten wurde mir in den letzten 24 Stunden die Frage gestellt: Warum machen Sie das? Ich glaube, daß meine Entscheidung richtig ist für Bremen, weil eine Kehrtwende dringend notwendig ist. Nach meiner festen Überzeugung ist Bremen fünf Minuten vor zwölf mit einer veränderten Position noch zu helfen.“

Mit diesen Worten begründete der vom Vorstand des Landesverbandes Bremen einstimmig als Spitzenkandidat für die Bürgerschaftswahl am 29. September vorgeschlagene 50jährige Ulrich Nölle seine Kandidatur als Herausforderer des SPD-Bürgermeisters Wedemeier.

Ulrich Nölle, Mitglied des Vorstandes der Sparkasse in Bremen und Vater von vier Kindern, machte bei seiner Vorstellung der Presse gegenüber zugleich deutlich, daß er sein politisches Engagement nicht als Strohfeuer betrachtet: „Ich strebe das Amt des Bürgermeisters an, und ich habe zugleich erklärt, auch das Mandat in der Bürgerschaft anzunehmen. Ich bin kein Kandidat nur bis zum Wahltag.“

Den Schwerpunkt der Aufgaben, die auf die zukünftige Landesregierung zukommen, sieht Ulrich Nölle eindeutig in einer Veränderung der heute dramatischen wirtschaftlichen und finanzpolitischen Lage des kleinsten Bundeslandes. Sparsamste Haushaltsführung sei insoweit oberstes Gebot, wobei alle Ausgaben auf den Prüfstand kommen müßten.

Wenn es übereinstimmende Auffassung sei, daß Bremen sich ohne die Hilfe Dritter aus seiner Lage nicht befreien könne, dann sei es zugleich unverzichtbar, daß sich Bremen zunächst einmal selbst helfe, bevor andere zur Kasse gebeten würden.

Bei denen werde keine große Bereitschaft zur Hilfe geweckt werden können, wenn sich der Zwei-Städte-Staat Ausgaben leiste, auf die diejenigen aus Sparsamkeitsgründen verzichteten, die anschließend Bremen aus der finanziellen Misere helfen sollten.

Zu gegebener Zeit will Ulrich Nölle in Abstimmung mit dem Landesvorstand eine Mannschaft präsentieren, der neben den bewährten Kräften der CDU aus Bremen und Bremerhaven auch weitere namhafte Persönlichkeiten aus dem vorparlamentarischen Bereich angehören sollen. Mit dieser Mannschaft will Ulrich Nölle das positive Ergebnis der CDU bei der



Ulrich Nölle: Ich strebe das Amt des Bürgermeisters an und bin auch bereit, das Mandat in der Bürgerschaft anzunehmen.

letzten Bundestagswahl ausbauen. Damals waren CDU und FDP zusammen erstmals seit Kriegsende stärker geworden als die SPD.

Der Landesvorsitzende und Parlamentarische Staatssekretär Bernd Neumann, der den neuen Bürgermeisterkandidaten

Ulrich Nölle der Presse vorstellte, erklärte: „Die Kandidatur ist ein Glücksfall für die CDU, aber auch für Bremen! Ulrich Nölle, das verhehle ich nicht, ist mein persönlicher Wunschkandidat gewesen.“ Er sei froh über diesen Rückenwind für die CDU Bremen und darüber, daß hier ein ausgewiesener Wirtschafts- und Finanzfachmann bereit sei, in der Politik Verantwortung zu übernehmen in einer für Bremen sehr schwierigen Zeit.

Neumann setzte das Signal auf „Freie Fahrt“, als er die Bewerbung von Ulrich Nölle als Aufforderung an viele andere aus allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens bezeichnete, sich ebenfalls politisch zu engagieren. Seinen Vorschlag hatte er dem Landesvorstand nach Abstimmung mit dem Parteivorsitzenden, Bundeskanzler Helmut Kohl, vorgetragen. Dieser hat ihm und den Bremer Parteifreunden zu der Entscheidung gratuliert und Ulrich Nölle jede nur denkbare Unterstützung zugesagt. ■

Berichten Sie über Ihre Aktionen moderner Parteilarbeit

Um im Alltag der Menschen präsent zu sein, muß die CDU in der Arbeitswelt und in der Freizeit ansprechbar sein. Die CDU muß — so steht es in dem Beschluß „Moderne Parteilarbeit in den 90er Jahren“ vom Bremer Parteitag im September 1989 — diesen Weg zum Bürger gehen, indem sie ein breites Angebot vielfältiger neuer Veranstaltungsformen entwickelt und diese Vielfalt auch nutzt.

Der UiD fordert seine Leser noch einmal dazu auf, Erfahrungen mit bürger-nahen Formen der Parteilarbeit mitzuteilen. Diese Erfahrungen sollen im UiD veröffentlicht werden und für andere Anregungen zu eigenen Aktionen sein.

AZK-Seminare in den fünf neuen Ländern

Die politische Jugend- und Erwachsenenbildungsstätte „Arbeitnehmer-Zentrum Königswinter“ (AZK) hat für das Jahr 1991 in den fünf neuen Bundesländern ein umfangreiches Sonderprogramm erstellt.

Es werden heiße Eisen angepackt: Der technische Wandel erfordert eine Qualifizierungsoffensive, damit Arbeitnehmerfamilien in eine gesicherte Zukunft sehen können. Der Europäische Binnenmarkt wird lebendige Realität, und die Problemfelder Wohnen, Pflege und Vermögensbildung in

Arbeitnehmerhand wollen aufgearbeitet und politisch umgesetzt werden. Bitte fragen Sie uns, wenn Sie interessiert sind oder sogar bereit, an der Seminarorganisation mitzuwirken.

Unser Büro Wichertstraße 73 in O-1071 Berlin, informiert Sie gerne über Themen, Orte und Termine.

Sonderseminare für eine bestimmte Zielgruppe bzw. Region können mit uns vereinbart werden, solange unsere Mittel dafür reichen.

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 24 49
5300 BONN 1



Das Shirt zum Videoclip „Touch the future“

Endlich! Das Super-Europa-Shirt mit Kapuze gibt's ab sofort nicht nur im Videoclip. Jetzt liegt es auch für Sie bereit. Heute noch bestellen! Postwendend können Sie dann flott angezogen joggen, stretchen, walken oder einfach nur relaxen... sich fit machen für die Zukunft, für Europa. Fit wie wir: Die Jungen in der Union.

Ja, ich bestelle das Europa-Shirt mit Kapuze

Größe L, XL, XXL
zum Preis von 19,95 DM je Shirt inkl. MwSt. frei Haus

Absender: _____

Diesen Coupon bitte zusammen mit einem Verrechnungsscheck einsenden an:

IS-Versandzentrum
Postfach 1328, 4804 Versmold

UiD

12/91

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.
Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, **Redaktion:** Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 23 40 91, Telefax (02 28) 23 40 93. **Vertrieb:** Telefon (02 28) 544-421. **Verlagsleitung:** Dr. Uwe Lühje. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 510 183 (BLZ 380 500 00), Postgirokonto Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). **Abonnementspreis:** jährlich 52,— DM. **Einzelpreis:** 1,50 DM. **Herstellung:** Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.